



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/161

14. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Die falschen Propheten	S.1
-Antwort an die "Blätter der Freiheit"	
Dänemark und die schlesw.-holst.Wahl	
-Bericht aus Kopenhagen -	S.3
Vorstand und Ausschuss des DGB in	
Düsseldorf	S.4
SPD-Schleswig-Holstein zur Landtagswahl	S.5
Zur Verschmelzung von DGB und UGO	S.6

Die falschen Propheten

RAP. Die "Blätter der Freiheit, Halbmonatsschrift für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft", sind das Organ des "Freiwirtschaftsbundes". Der "Freiwirtschaftsbund" vertritt wie die "Radikal-Soziale-Freiheitspartei", mit der er keine organisatorische Bindung zu haben erklärt, die Theorie von weiland Silvio Gesell.

Selbstverständlich kann jedermann glauben, was er will, er kann auch an eine "natürliche" Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft glauben. Die Sekte der Freiwirtschaftsbündler aber ist gefährlich, weil sie Proselyten zu machen versucht mit Hilfe der Demagogie. Wir entnehmen der Nr.9/10 des Jahrganges 1950 der "Blätter der Freiheit" aus einer Erwähnung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der SPD folgendes: "Hier haben sich Stafford Cripps und Gottfried Feder die Hand gereicht". Und weiter: "Es ist für einen marxistischen Dogmatiker offenbar unvorstellbar, dass der Zins sich von selbst auf die marktgerechte Höhe einspielt und in dieser Freiheit automatisch für die bestdenkbare Lenkung der Investitionen sorgt".

Es ist schon ein starkes Stück, die "marxistische Dogmatik" mit Gottfried Feder und Stafford Cripps in einen Topf zu werfen. Die Erwähnung von Cripps enthält lediglich, dass in althekannter Nazi-

terminologie der Marxismus als Synonym der Arbeiterbewegung gebraucht wird. Cripps hat wenig mit Marxismus, aber schon gar nichts mit Gottfried Feder zu tun, der als Verkünder krauser Nazitheorien einst von dem Sozialdemokraten Nölting öffentlich abgefertigt wurde. Hingegen hat Stafford Cripps vor Jahren einmal gemeint, dass die "natürliche Ordnung der Wirtschaft" des Silvio Gesell durchgeführt werden müsse und von dieser Verirrung des sonst sehr ernsthaften Sir Stafford ist von den sogenannten Freiwirtschaftlern auch oft genug propagandistisch Gebrauch gemacht worden. Darin liegt eben die Demagogie, dass ein und derselbe Mensch, dass ein und dieselbe Sache je nach Bedarf als Zeuge für oder wider dienen muss.

In der erwähnten Nummer der genannten Zeitschrift findet sich auch ein "Begehren zur Sicherung der Deutschen Mark", zugleich aber wird Franklin D. Roosevelt zitiert, der seinerzeit den Dollar devalvierte, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Herren von den "Blättern der Freiheit" spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.

Schliesslich noch etwas, das die freiwirtschaftliche Propaganda mit doppeltem Boden in das Vorfeld des Neofaschismus rückt: das aus dem Zusammenhang gerissene Wort wird zum demagogischen Schlagwort gemacht. Die Vorkämpfer einer "natürlichen Ordnung der Kultur" haben in ihrer Zeitschrift ein "Kulturblatt" (b, nicht p!) und dort muss Karl Jaspers für ein Zitat über "Volk und Masse" herhalten. Es war schon einmal üblich, die erkenntniskritisch-soziologische Unterscheidung zwischen Volk und Masse - ihr Wort und Wahrheitsgehalt seien dahingestellt - als gesellschaftliche Wirklichkeit lediglich unserer Zeit zu nehmen; daraus wurde dann "Blut und Boden": Romantik und Reaktion plus Zynismus derer, die sich als "Volk" erhaben über die "Masse" glaubten, ergaben jene furchtbare Religion des "Blubo".

Dänemark und die schleswig-holsteinische Wahl

Dr.-a Kopenhagen, im Juli

Man kann ohne Übertreibung konstatieren, dass über 60 Prozent der dänischen Presse vor und nach dem Wahltag in Telegrammen, Korrespondentenberichten und Leitartikeln der Landtagswahl in Schleswig-Holstein mehr Platz gewidmet haben als etwa den Ereignissen in Korea. Rein pressemässig war diese Wahl sowohl in Kopenhagen, als auch in der Provinz das Thema des Tages, aber selbstverständlich nur in Relation zu Südschleswig. Abgesehen von einigen wenigen ultranationalistischen Blättern, für die das südschleswigsche Grenzproblem nach wie vor den Angelpunkt der dänischen Aussen- und Innenpolitik darstellt, ist jedoch die Tatsache mit Freude zu konstatieren, dass auch die aktivistischen Blätter die Chancen und Zukunftsmöglichkeiten der dänisch-geronnenen Bevölkerung bedeutend ruhiger und sachlicher diskutierten als bei früheren Wahlen.

Man kann zwischen der schleswig-holsteinischen Landesregierung und den Vertretern der dänischen Minderheit, dessen Zustandekommen zum grossen Teile Ministerpräsident Diekmann und - indirekt - dem dänischen Ministerpräsidenten Hedtoft zu verdanken ist, die Atmosphäre erheblich in Dänemark entgiftet hat. Bei Gesprächen mit aktivistischen Kreisen kann man konstatieren, dass im Gegensatz zum Vorjahr das dänische Minderheitenproblem in Südschleswig heute nicht mehr eine Belastung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Dänemark und Westdeutschland bedeutet.

Hingegen wäre die Annahme ein Trugschluss, dass diejenigen dänischen bürgerlichen Parteien, die für eine nicht nur kulturelle, sondern auch politische Aktivierung der Südschleswig-Politik eintreten (Konservative, "Venstre" und Retsforbundet), diese Forderung abgeschrieben hätten. Im Gegenteil: die Tatsache, dass der "Südschleswigsche Wählerverband" zwar zwei Mandate, aber im Verhältnis zur Bundestagswahl im vorigen Jahre immerhin nur ca. 5.000 Stimmen verloren hat, wird ziemlich übereinstimmend von "Berlingske Tidende", "Nationaltidende" und dem unabhängig-aktivistischen Blatte "Information" als eine Ermunterung angesehen, den Grenzkampf mit allen Kräften weiterzuführen. Es fehlt auch nicht an Rechenexempeln, die beweisen wollen, dass die pro-dänische Einstellung innerhalb der "altansässigen Bevölkerung in Südschleswig die Majorität habe.

Solche Äusserungen der Regierungsoption dürfen jedoch nicht

überwertet werden, zumal sich die Zielsetzung des südschleswigschen Aktivismus in Dänemark, besonders innerhalb der Konservativen Partei, erheblich gemässigt hat. Praktisch bedeutungsvoller ist die Betonung, dass der SSW überall da die besten Wahlergebnisse zu verzeichnen gehabt hätte, wo die dänische Kulturarbeit, besonders auf dem Schulgebiet, am stärksten gewesen wäre. Man sieht hierin eine Mahnung, die Aufwendungen für dänische Kulturarbeit erheblich zu verstärken. Soweit es sich hierbei um reine kulturelle Arbeit für die "echte dänische Minderheit" handelt, dürfte die sozialdemokratische Regierung Hedtoft hiergegen nichts einzuwenden haben. Wenn man jedoch auf dem Umwege über kulturellen und humanitären Einsatz politische Konvertiten machen will, dann würde Hedtoft und sein kluger Aussenminister Gustav Rasmussen solchen Bestrebungen sicherlich denselben energischen Widerstand entgegensetzen wie bisher.

Wie gesagt: das dänische Minderheitenproblem in Südschleswig birgt heute weder aussenpolitischen noch innerpolitischen Sprengstoff in sich und das ist zum grossen Teil dem Kieler Abkommen im vorigen Herbst zu verdanken. Man hofft in den nicht-aktivistischen dänischen Kreisen, die im Parlament und wohl auch in der Bevölkerung die Mehrheit hinter sich haben, dass die kommende schleswig-holsteinische Landesregierung bei der Behandlung der Minderheitenfrage im gleichen Geiste arbeiten wird, aus dem heraus das Kieler Abkommen entstand.

- - -

Die Gewerkschaftsführung tagt

sp. Am Montag, dem 17. Juli 1950 tagt in Düsseldorf der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und anschliessend am 18. und 19. Juli 1950 der Bundesausschuss, die höchste Gewerkschaftsinstanz zwischen den Kongressen.

Die Tagung des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses hat diesmal eine ganz besondere Bedeutung, da die Verhandlungsergebnisse um das Mitbestimmungsrecht auf der sogenannten "Klausur" Tagung in Maria-Laach zur Beratung stehen, ebenso das Preis-Chaos in der Getreide- und Fettwirtschaft und darüber hinaus ein informatorischer Bericht des Vertreters der deutschen Gewerkschaften bei der Schuman-Plan-Konferenz in Paris, Hans vom Hoff, entgegengenommen werden wird.

S.N.

- - -

SPD über RegierungsfrageWahlausgang Ausdruck des sozialen Protestes

Kiel

Die sozialdemokratischen Mitglieder des neu gewählten Landtages und die Mitglieder des Bezirksvorstandes der SPD traten am Donnerstag, dem 13. Juli ds. Js. zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die Fraktion wählte zum Vorsitzenden Oberbürgermeister Andreas Gayk, zum stellvertretenden Vorsitzenden den Landtagsabgeordneten Max Kukielczynski, zu weiteren Vorstandsmitgliedern Ministerpräsident Bruno Diekmann und Frau Dr. Elly Linden.

Fraktion und Bezirksvorstand beschäftigten sich eingehend mit der durch die Wahl geschaffenen politischen Situation und mit der Frage der Regierungsbildung. Sie fassten ihre Stellungnahme zusammen in folgender einmütig angenommener Entschliessung:

Die Sozialdemokratie sieht in dem Ausgang der Landtagswahlen für Schleswig-Holstein den Ausdruck eines elementaren sozialen Protestes und eine Anklage des Landes Schleswig-Holstein gegen die Freigabe durch den Bund. Schleswig-Holstein hat den Krieg nicht mehr verloren als die anderen deutschen Länder. Auch die künftige Regierungspolitik des Landes muss wie bisher auf dem Grundsatz des Lastenausgleiches und der Hilfe für Schleswig-Holstein als einer nationalen Pflicht der Bundesrepublik aufgebaut sein.

Zu den grossen Zielen der Sozialdemokratie gehören nach wie vor:

1. ein gerechter Bevölkerungsausgleich und eine gesamtdeutsche Regelung der Vertriebenen- und Flüchtlingsfrage;
2. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für jeden Arbeitsfähigen in Schleswig-Holstein.
3. Die Durchführung des Wohnungsbauprogrammes der gegenwärtigen Regierung, d.h. der Bau von Wohnungen mit tragbaren Mieten für Einheimische und Heimatvertriebene.
4. Die Fortsetzung der Bodenreform, um Siedlungen für Bauern und Landarbeiter und eine Heimat für Vertriebene zu schaffen.
5. Die Beseitigung der letzten Massenunterkünfte für Heimatvertriebene.
6. Der Lastenausgleich aus der Substanz!
7. Vollbeschäftigung als letztes Ziel der Wirtschaftspolitik, um jedem Deutschen, ob Einheimischer oder Heimatvertriebener, ein sinnvolles Leben durch Arbeit zu ermöglichen.

Die Sozialdemokratie sieht in der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot und dem Elend all derer, die sich in sozialer Not befinden, die drei grössten Gefahren, die Deutschland heute bedrohen. Sie wird mit allen Parteien zusammenarbeiten, denen es mit der sozialen und nationalen Verbundenheit aller Deutschen ernst ist. Bei ihrer politischen Arbeit in Schleswig-Holstein setzt sich die Sozialdemokratie das Ziel, die Zersplitterung des deutschen Volkes in Einheimische und Heimatvertriebene, in Arme und Reiche, in die Gewinner und die Opfer des grossen furchtbaren Krieges zu überwinden und aus den Deutschen durch Lösung der sozialen Frage ein geschlossenes Volk zu machen.

Das Vorbild der Gewerkschaften

F.F. Berlin, 14. Juli

Als bei den Berliner Gewerkschaftswahlen 1948 vom FDGB die gegen den alleinigen Machtanspruch der Sowjetkommunisten opponierenden Kandidaten nicht anerkannt wurden, bildete sich die Unabhängige Gewerkschafts-Opposition (UGO), die später, als es in Berlin auf Biegen und Brechen ging und die SED mit sowjetischer Unterstützung die Stadt über einen Putsch zu usurpieren versuchte, als selbständige Gewerkschaftsorganisation ausgebaut wurde und sich nun Unabhängige Gewerkschafts-Organisation (UGO) nannte.

Sie hat während des Freiheitskampfes der Berliner in den letzten zwei Jahren trotz beschränkter Mittel und Möglichkeiten Grosses geleistet. Ihr kommt ein entscheidendes Verdienst daran zu, dass während vor und nach der Blockade die Berliner Arbeiterschaft ruhig Blut bewahrte und unerschütterlich zur Demokratie und gegen den Totalitarismus des Ostens stand. Nebenher räumte sie auch anlässlich ihrer Teilnahme an den letzten gemeinsamen Beratungen zwischen den westdeutschen Gewerkschaften und dem FDGB in Lindau den naiven Trugschluss aus, es könnte zwischen den beiden in Anlage und Zielsetzung buchstäblich gegensätzlichen Gewerkschaften in West und Ost eine Gemeinsamkeit und Verständigung auf der gegenwärtigen Basis geben. Umso bedauerlicher war es, dass bei der Konstituierung des DGB im Vorjahr zunächst die UGO nicht als Glied der westdeutschen Gewerkschaften einbezogen wurde, als welches sich die UGO vom Tage ihrer Gründung an betrachtet hat.

Dieser Schritt ist jetzt nachgeholt worden. Seit kurzem ist die UGO der Landesverband Grossberlin des DGB. Damit sind nicht nur ihre Verdienste anerkannt worden. Die UGO hat künftig auch grössere Möglichkeiten, nachdem die Gesamtheit der westdeutschen Gewerkschaften hinter ihr steht. Umso mehr Gewicht sollte auch der Mahnung Ernst Scharnowskis beimessen werden, der auf dem zweiten Bundestag der UGO und anlässlich der Verschmelzung mit dem DGB in seinem Rechenschaftsbericht davor warnte, den sozialen Burgfrieden zu gefährden. Die UGO hat in der Tat sehr viel Mässigung und Verständnis in den letzten zwei Jahren bewiesen. Das darf aber nicht als Freibrief zu Lohnrückerein aufgefasst werden, mit denen gewisse Unternehmerkreise in Westberlin liebäugeln.

Bedauerlich bleibt, dass auch in Berlin wie in Westdeutschland die Angestellten zum Teil der Gesamtorganisation der Gewerkschaften fern bleiben wollen. Gerade in Berlin ist ein Gegeneinander nicht tragbar,

und deshalb muss man hoffen, dass wenigstens eine gemeinsame Aktionsbasis erhalten bleibt, wie sie von der UGO angestrebt wird.

"Wir stellen keine politischen Machtansprüche", sagte Scharnowski, "aber wir werden verhindern, dass sich in Berlin totalitäre Kräfte breitmachen". An der Spitze des Programms der UGO stehen die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes und der Vollbeschäftigung. Was in Berlin geschieht, geschieht immer mit dem Blick und im Vertrauen auf die Befreiung des deutschen Ostens. "Mit jedem Ziegelstein, der in Westberlin vermauert wird, mit jedem Betrieb, der einen Arbeiter zusätzlich einstellt, rückt die Stunde der Befreiung näher". Georg Reuters, stellvertr. Vorsitzenden des DGB, Erklärung, dass die Eingliederung der UGO erfolgt sei, um eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen, war aus dem gleichen Geläute gesprochen. Und besonders dankbar haben die Berliner aus seinem Munde gehört, dass es einer der Hauptaufgaben ansehe, die Berliner Arbeitslosigkeit tatkräftig bekämpfen zu helfen. Die Gewerkschaften sind beim Zusammenschluss zwischen Westdeutschland und Berlin vorangegangen. Es bleibt nur zu erwarten, dass die Politiker in Bonn hierin nicht mehr allzu lange nachhinken.

Erste Schrift über deutsche Meinungsforschung

"Meinungsforschung in Deutschland" heisst eine in diesen Tagen im Carl Ernst Foeschel Verlag, Stuttgart, erschienene Schrift, die vom Institut für Marktforschung und Marktbeobachtung in Bielefeld (EMNID) herausgegeben wurde. Der wissenschaftliche Leiter dieses unabhängigen deutschen Institutes, Universitätsprofessor Dr. Dr. Friedrich Lenz, hat darin die Wirtschaftslage und öffentliche Meinung Westdeutschlands im Spiegel moderner Massenbefragungen dargestellt. Es ist dieses ein erster Versuch, die in Deutschland noch wenig bekannte Meinungsforschung nach ihren bisherigen Ergebnissen zu analysieren. Es wird dabei gleichzeitig ein Einblick in die Arbeit an der Entwicklung einer methodisch richtigen deutschen Meinungsforschung gegeben. Die angeführten soziologischen, sozialen, wirtschaftlichen und sozialpsychologischen Ergebnisse, die auch die Verfahrenstechnik und den Wert der gewonnenen Erkenntnisse illustrieren, wurden den etwa 150 EMNID-Umfragen vom Sommer 1948 bis zum Winter 1949/50 in Westdeutschland entnommen. HR.

Verantwortlich: Peter Raunau